Bezugspreis für Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 1.65 Mark, vierteljährlich 4.80 Mark, durch die Post 4.50 Mark ausschließl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im amtlichen Zeitungsverzeichnis unter Saale-Zeitung eingetragen. Für unverlangt eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe „Saale-Zeitung" gestattet. Fernruf der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abteilung Nr. 1142, der Bezugs-Abteilung Nr. 1133; Postscheck-Konto Leipzig Nr. 4609.

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung

Dreiundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigen werd. d. 7gespalt. 33mm br. Kolonelzeile oder deren Raum mit 40 Pf. berechnet u. in unseren Annahmestellen u. allen Anzeigengeschäften angenommen. Reklamen die 92 mm breite Zeile 1.25 Mk. Anzeigen-Annahmeschluß vorm. 11 Uhr, für die Sonntags-Nr. abends 6 Uhr. Abbestellungen, soweit zulässig, müssen schriftlich erfolgen. Erfüllungsort: Halle. Erscheint tägl. 2 mal, Sonntags 1 mal. Schriftleit. u. Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 1a, Gr. Brauhausstr. 17. Neben-Geschäftsstell.: Markt 24 und Große Ulrichstr. 52.

Nr. 3. Halle, Freitag, den 3. Januar. 1919.

Deutscher Protest bei der Sowjetregierung.

Die deutsche Regierung an die russische Sowjetregierung.

Ein Strafverfahren gegen Radek und Genossen?

WTB. **Berlin**, 2. Januar. (Drahtnachricht.) Aus Anlaß des unbefugten Eindringens von Radek und Genossen nach Deutschland hat die deutsche Regierung folgenden Funkspruch nach Moskau gerichtet:

Vor einigen Tagen ist Karl Radek, der Chef der russischen Propaganda, nebst einigen Genossen unter Umgehung der Grenzkontrolle in Berlin eingetroffen. Er ist in einer Versammlung für den Bürgerkrieg in Deutschland und die Wiederaufnahme des Kampfes gegen die Entente eingetreten. Radek und seine Genossen werden die Folgen des unerlaubten Schrittes zu tragen haben. Die deutsche Regierung aber sieht sich gezwungen, gegen das Eindringen der russischen Vertreter nachdrücklichst Einspruch zu erheben. Das Verhalten Radeks wird sie darin bestärken, der Zulassung von Vertretern der russischen Sowjetregierung auch fernerhin Widerstand zu leisten.

Ferner hat sie Oberost und dem Zentralrate der Ostfront, sowie sämtlichen Soldatenräten im Osten folgendes Telegramm zugehen lassen:

Der bekannte Chef der russischen bolschewistischen Propaganda und bolschewistische Agitator Radek ist vor einigen Tagen nebst einigen anderen bolschewistischen Vertretern in Berlin eingetroffen und hat hier in einer Versammlung der Spartakuspartei öffentlich für den Bürgerkrieg in Deutschland und die Wiederaufnahme des Kampfes gegen die Entente gemeinsam mit den Bolschewiki gesprochen. Die russischen Vertreter haben es augenscheinlich verstanden, sich der Grenzkontrolle in unbefugter Weise zu entziehen. Wir bitten, zu untersuchen, wie dies möglich gewesen ist, und ersuchen, mit allen Kräften darauf Bedacht zu leren, daß der Grenzschutz auch in dieser Beziehung nicht nachläßt und daß alles dazu getan wird, um das Eindringen der Anarchie nach Deutschland zu verhindern.

Die Regierung und die Ostfragen.

Endlich will man sich aufraffen.

Berlin, 2. Januar. (Eigene Drahtnachricht) Die Ostfragen bilden heute den Gegenstand eingehendster Erörterungen sämtlicher beteiligten öffentlichen Stellen. Schon am Vormittage war das Reichskabinett zusammen getreten, um diese im Vordergrund des Interesses stehende und rasche Entschlüsse erheischende Angelegenheit zu beraten. Nachmittags schloß sich eine Sitzung mit den preußischen Volksbeauftragten an und späterhin trat auch der Zentralrat hinzu. Bei diesen gemeinsamen Beratungen handelte es sich nicht nur um die Ereignisse in der Provinz Posen, sondern auch um die das Gebiet der äußeren Angelegenheiten streifende Lage in den besetzten Gebieten und deren Regelung, sowie auch um das Verhältnis des deutschen Reiches zur Sowjetregierung. Die Bewegung, die in Posen von polnischer Seite eingeleitet worden ist, und der bolschewistische Vormarsch im Norden sind in gleichem Maße geeignet, das Reich zu bedrohen. Sie verlangen dringend eine starke Gegenwirkung, wenn nicht der Bestand des Reiches gefährdet werden soll. Unter diesen Umständen wird erwartet, daß die heutigen Beratungen, an denen auch das Kriegsministerium beteiligt ist, zu entsprechenden Entschlüssen führen werde. In politischen Kreisen scheint man sich auch darüber klar zu sein, daß eine Lösung der Schwierigkeiten, in die man sich hineintreiben ließ, jetzt nur noch vor einer schnellen und umfangreichen Aufbietung militärischer Machtmittel zu erwarten ist.

Soweit die Reichsregierung sich bisher ein Urteil über die Lage gebildet hat, teilt sie die pessimistische Auffassung des preußischen Ministers Ernst über die Schwäche und Unzulänglichkeit an unserer militärischen Kraft nicht. Im Reichskabinett hält man, wie wir hören, demgegenüber an der Auffassung fest, daß es gelingen wird, der Verhältnisse in Posen durch Waffengewalt Herr zu werden.

(Die Regierung hat sich eben auch im Osten die Dinge über den Kopf wachsen lassen. Hätte sie vor 4 Wochen fest ins polnische Wespennest gegriffen, statt unsichtige, leichtgläubige Menschen wie Herrn v. Gerlach ins Ostgebiet zu schicken, die die Stimmung erkunden sollten, dann hätten wir heute die verhängnisvoll werdenden Schwierigkeiten in Posen nicht.)

Zusammenkunft der deutschen Finanzminister im Reichsschatzamt.

WTB. **Berlin**, 2. Januar. (Drahtnachricht.) Der Schatzsekretär des Reichsschatzamts hat die Chefs der einzelstaatlichen Finanzressorts zu einer gemeinsamen Erörterung der schwebenden Finanzfragen auf den 10. Januar in das Reichsschatzamt eingeladen. In vertraulicher Aussprache sollen insbesondere die bisherigen Maßnahmen der Reichsleitung und ihre Steuerpläne, das Verhältnis zwischen Reich und Einzelstaaten, die Ausgaben der Nationalversammlung und die finanzpolitischen Teile der zukünftigen Reichsverfassung behandelt werden.

Seltsamer Völkerrechtsbruch.

WTB. **München**, 2. Januar. (Drahtnachricht.) Der Minister des Aeußern Kurt Eisner teilt mit, daß vom Ministerium des Aeußern eine Depesche an den Staatssekretär des Auswärtigen in Wien gesandt wurde des Inhaltes, in der Nacht vom 1. zum 2. Januar habe der Geschäftsführer des Bundes Deutschösterreicher in München Karl Mandel mit Hilfe bayrischer polizeilicher und militärischer Wachmannschaften sowohl die österreichische Gesandtschaft wie das österreichische Konsulat besetzt. Er, Eisner, habe noch in der Nacht persönlich die Befreiung der Gesandtschaft und des Konsulates herbeigeführt und die Gesandtschaft unter seinen Schutz gestellt. Wegen dieser Völkerrechtsverletzung bitte er die Regierung um Entschuldigung. Die von ihm verfügte Verhaftung Mandels sei wieder aufgehoben worden, da der bisherige österreichische Gesandte, Graf Brussella, selbst erklärt habe, er lege auf die Verhaftung keinen Wert.

Das angebliche Telegramm Hindenburgs.

WTB. **Berlin**, 2. Januar. (Drahtnachricht.) Die „Freiheit" veröffentlicht das angeblich vertrauliche Telegramm Hindenburgs an das Armeeoberkommando Oberost, das sich gegen die Beschlüsse des Rätekongresses wendet. Das Telegramm hat der Freiheit zufolge folgenden Wortlaut:

Ich erkenne die von dem Zentralrat der A.- und S.-Räte gefaßte Resolution betreffend Verordnungen über das Heereswesen insbesondere in der Stellung der Offiziere und Unteroffiziere nicht an. Ich bin der Auffassung, daß eine solche tief in das Leben der Nation und des Heeres einschneidende Verordnung nicht von einer einseitigen Ständevertretung sondern nur von der durch das ganze Volk berufenen Nationalversammlung getroffen werden kann. Das Heer steht nach wie vor zur Regierung Ebert und erwartet von dieser Regierung, daß sie die von ihr gegebene Zusage über den Bestand des Heeres und die Richtlinien über die Befugnisse der Vertrauensmänner des Heeres weiter anerkannt und dadurch dem Offizier- und Unteroffizierkorps ermöglichen wird, weiter Dienst zu tun. Ich bin in diesem Sinne bei der Regierung vorstellig geworden. Es bleibt deshalb bei den bisher gegebenen Befehlen.

Amerikanische Roggenlieferungen für Deutschland.

Amsterdam, 2. Januar. (Eigene Drahtnachricht.) Nach hier eingetroffenen Konsulatsberichten aus New York wird in den maßgebenden Fachkreisen der Vereinigten Staaten ernsthaft mit einer beschleunigten Aufnahme der Getreidelieferungen für Deutschland und die Gebiete der früheren Donau-Monarchie gerechnet. Für die Ausfuhr nach Deutschland wird aber trotz der enormen Vorräte in Weizen in erster Linie Roggen bereitgestellt, da im letzten Jahre in Amerika viel mehr Roggen angebaut wurde als in früheren Zeiten. Von den amerikanischen Getreidehändlern sind schon seit Anfang Dezember alle Vorbereitungen für die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen mit Deutschland im Gange. Das einzig wirkliche Hindernis für eine ausgiebige Belieferung des deutschen Volkes mit Brotgetreide bildet der Mangel an Schifferaum. Auch von den Weizenvorräten Amerikas kommen für die Lieferung im Frühjahr große Vorräte in Betracht.

Die Türkei unter englischer Herrschaft.

Schweizer Grenze, 2. Januar. (Eigene Drahtnachricht.) Von zuverlässiger Seite erfährt die „Zürcher Morgenzeitung" aus dem Haag: In politischen Londoner Kreisen verlautet, daß man sich unter den Alliierten auf eine Internationalisierung Konstantinopels und auf eine Kontrolle des türkischen Reichs nach dem Muster von Aegypten unter englischer Führung einigen werde. An den nationalen Einrichtungen wie überhaupt an den innerpolitischen Verhältnissen soll in keiner Form gerüttelt werden. Dem Sultan werden seine Einkünfte unter voller Belassung seiner politischen Stellung nach innen von den englisch-französischen Schutzmächten gewährleistet.

Das bedeutet, daß nunmehr die ganze Türkei, genau wie das bereits mit Aegypten geschehen ist, ein englisches Herrschaftsgebiet werden wird. Für Deutschland bedeutet es den Verlust eines zukunftsreichen Absatzgebietes, den Verlust der mit deutschem Kapital und deutscher Arbeit gebauten Schienenwege im osmanischen Reiche und für England den Gewinn eines gewaltigen Wirtschaftsgebietes, nicht nur mit großen Zukunftsmöglichkeiten, sondern auch die vollständige Sicherung Indiens und damit die endgültige Herrschaft über die Welt. Mit der Zeit wird Frankreich ein Anhängsel Englands werden.

Veränderungen im Kommissariat für das Wohnungswesen.

Berlin, 2. Jan. (Eigene Drahtnachricht.) Zum Reichs- und Staatskommissar für das Wohnungswesen ist an Stelle des Unterstaatssekretärs Freiherrn v. Coels der Geheime Regierungsrat im Reichsarbeitsamte Adolf Scheidt ernannt worden. Er hat das Amt bereits angetreten.

Ein Beamtenflugblatt der Deutschen demokratischen Partei

DPK. Die Deutsche demokratische Partei hat das nachstehende Flugblatt ausgehen lassen:

Beamte und Lehrer!
Männer und Frauen!

Der alte Obrigkeitsstaat ist beseitigt. Der neue Volksstaat hat freie Bahn geschaffen für alle, die den ernsten Willen haben, durch ihre Mithilfe ein freies Deutschland zu zimmern.

Dies Ziel kann nur erreicht werden durch Herstellung einer geordneten Wirtschaft, die auch den Beamten und Lehrern eine gesicherte Daseinsführung gewährleistet. Volkswirtschaftliche Experimente würden auch für sie nur Unheil bedeuten. Nicht zu zerstören gilt es, sondern aufzubauen! Auch Beamte und Lehrer wollen nicht eine Wirtschaftsform, die Bestehendes rücksichtslos vernichtet und Unsicherheiten an Stelle von Ordnungszuständen setzt. Darum ist ihre dringendste Forderung die Anerkennung wohlerworbener Rechte, das heißt Aufrechterhaltung der lebenslänglichen Anstellung sowie die Pensionsberechtigung und Hinterbliebenenfürsorge.

Die Forderung einer grundlegenden Neuordnung der Beamten- und Lehrerbesoldung steht zwar an erster Stelle, aber Gehaltsaufbesserungen allein tun es nicht, wenn nicht das Geld einen Wert hat, der ausreicht für die Befriedigung aller Lebensbedürfnisse.

Beamte und Lehrer haben unter der unerhörtesten Entwertung des Geldes besonders schwer gelitten. Um künftig den Gefahren der wirtschaftlichen Verelendung begegnen zu können, ist es erforderlich, daß mit dem neuen Besoldungssystem die Möglichkeit der selbsttätigen Anpassung der Gehälter an die allgemeine Lebensverteuerung geschaffen wird.

Auch die Ruhegehälter und Hinterbliebenenbezüge bedürfen dringend der grundsätzlichen Neuregelung im Sinne der Erneuerung des Besoldungssystems der aktiven Beamten und Lehrer. Ebenso gilt es, einen gründlichen, zeitgemäßen Ausbau der Bezüge der Altpensionäre schleunigst herbeizuführen.

Aber die Beamtenfrage ist mehr als eine Gehaltsfrage, sie ist eine politische Angelegenheit ersten Ranges, die nicht gelöst werden kann ohne die tätige Mitarbeit der Beamten und Lehrer auf der Grundlage eines freiheitlichen Beamtenrechts. Gesetze und Verordnungen rückliegender Perioden, wie namentlich das preußische Disziplinargesetz aus dem Jahre 1852, sind durch die Entwicklung längst überholt, sie müssen beseitigt werden. Nicht Wohlwollen und Gnade dürfen künftig als Grundlagen des Beamtenrechts gelten, vielmehr müssen Rechtszustände geschaffen werden, die allen Beamten und Lehrern ein freies Vereins- und Versammlungsrecht sowie vollkommene Pressfreiheit gewährleisten, eine gesetzliche Regelung der Arbeits- und Ruhezeiten verbürgen, den Ausbau von Fürsorgebestrebungen (Krankenkasse, freie ärztliche Behandlung usw.) auf gesetzlicher Grundlage ermöglichen

und weitgehende Anteilnahme der Beamten und Lehrer an der allgemeinen sozialpolitischen Neuordnung im Staate sicherzustellen.

Nur innerlich freie Menschen können wertvolle Mitarbeit leisten an dem Reichsaufbau, darum müssen Beamte und Lehrer an erster Stelle folgende Allgemeinforderungen erheben. Sie müssen fordern

das Recht der freien Persönlichkeit,
die Beseitigung jedes Gewissenszwanges, namentlich in politischer und religiöser Beziehung,
die rechtliche Anerkennung ihrer Organisationen
und die Schaffung von Beamtenvertretungen auf gesetzlicher Grundlage (Beamtenausschüsse usw.).

Nur so kann die Hebung des Beamten- und Lehrerstandes erreicht werden, die nötig ist, um auch diesen Schichten die Freude am Staate zurückzugewinnen. Der Aufstieg aller Tüchtigen darf gerade im Beamten- und Lehrerstand keine Phrase bleiben.

Woran hat es gelegen, daß so viele tüchtige Kräfte in der Beamten- und Lehrerschaft brachliegen mußten? Das alte System war schuld daran! Nun ist es zerbrochen und jedem einzelnen ist jetzt die Möglichkeit gegeben, aufzusteigen aus der untersten Stufe hinauf bis zu den höchsten Stellen seiner Laufbahn.

Das ist wahre Demokratie!

Hinweg mit allem Kriechertum und Kastengeist!

Nicht der Vorgesetzte hat selbstherrlich zu regieren, sondern das Wohl der Volksgesamtheit ist ausschlaggebend für das Verhältnis der Beamten und Lehrer zum Staat.

Es gibt nur eine geeinigte Beamten- und Lehrerschaft, die wie alle anderen Volksschichten, freie staatsbürgerliche Gleichberechtigung im neuen Deutschland beanspruchte. Sie fordert darum auch volle Freiheit in der wirtschaftlichen Betätigung. Alle etwa noch bestehenden wirtschaftlichen Beschränkungen sind aufzuheben (Residenzpflicht, genossenschaftliche Betätigung usw.). Zur Unterstützung ihrer Selbsthilfebestrebungen fordern Beamte und Lehrer schnellste Beseitigung aller Auswüchse einer einseitigen kapitalistischen Bodenpolitik sowie weitgehendste staatliche Förderung des Siedlungswesens.

Als Kopfarbeiter haben gerade Beamte und Lehrer ein überragendes Interesse an der Schaffung von Eigenheimen.

Die gesundheitzerstörende Schreibstubenarbeit muß einen Ausgleich finden in gesundheitförderner Land- und Gartenarbeit, die außerdem die Aussicht auf bisher ungenützte Möglichkeiten zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Beamten und Lehrer eröffnet.

Ein im Kern gesundes Staatswesen kann nur gesunde Staatsbürger gebrauchen, die ihr Vaterland lieben und die mit der Verteidigung des nationalen Gedankens nicht die unzeitgemäße Absperrung gegen andere Völker und Staaten erstreben.

Darum fordern die Beamten und Lehrer mit Recht eine geschlossene Reichseinheit und in ihr zur Sicherung der Errungenschaften der Revolut vor allem das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht ohne Unterschied des Geschlechts.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19190103013/fragment/page=0001

So fordern Beamte und Lehrer mit uns, wie für jeden Staatsbürger, auch für sich alle Freiheit für die politische Betätigung, aber wir lehnen jede einseitige politische Klassenherrschaft ab, mag sie von rechts oder von links kommen.

Die Deutsche demokratische Partei will eine Freiheit, die auf Ordnung und Gesetzmäßigkeit aufgebaut ist.

Kein Säbelregiment! Kein Terror, weder von unten, noch von oben — weder von innen noch von außen!

Die Deutsche demokratische Partei will einen Volksstaat, in dem jeder zu seinem Recht kommt.

Beamte und Lehrer! Die Deutsche demokratische Partei wird auch Euren Rechten im neuen Volksstaat die verdiente Anerkennung sichern.

Darum, Beamte und Lehrer: Stärkt die Reihen der Deutschen demokratischen Partei!

Keine Lauheit, kein Zögern mehr, keine langen Erwägungen — es ist die zwölfte Stunde!

Organisiert Euch politisch in den bestehenden demokratischen Vereinen — bedenkt, daß die Wahlen zur Nationalversammlung, welche die staatsrechtlichen Grundlagen für das neue Deutschland zu schaffen hat, vor der Tür stehen.

Wenn Ihr die durch die Kraft aller im Volke gesetzlich deutsche demokratische Republik wollt, dann geht sofort ans Werk mit der Parole:

Alles mit der Deutschen demokratischen Partei!

Abänderung der Wahlordnungen.

Berlin, 2. Januar. Der „Deutsche Reichsanzeiger" veröffentlicht eine Verordnung zur Ergänzung der Verordnung über die Wahlen zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung vom 30. November 1918, vom 28. Dezember 1918. Danach sind die Angehörigen des Heeres und der Marine, die vom 7. Januar 1919 ab aus dem Felde heimkehren, ohne Eintragung in die Wählerliste auf Grund einer Bescheinigung über ihre Heimkehr dort zur Wahl zuzulassen, wo sie sich am Wahltage aufhalten. Paragraph 10, Absatz 1, des Reichswahlgesetzes findet keine Anwendung. Die Bescheinigungen über die Heimkehr dürfen nur für die Wahlberechtigten ausgestellt werden. Die Bescheinigungen müssen Vor- und Zunamen, Alter, Stand oder Gewerbe und Wohnort des Heeres- oder Marineangehörigen, sowie die Angabe enthalten, daß er erst nach dem 6. Januar 1919 aus dem Felde heimkehrt. Sie werden von den nächsten dienstlichen Vorgesetzten in der Stellung mindestens eines Kompagnieführers oder an Bord des Kommandanten nach vorgeschriebenem Muster ausgestellt.

Der Wahlvorsteher oder sein Stellvertreter haben die Bescheinigung dem Wähler vor der Ausübung des Wahlrechtes abzunehmen. Bescheinigungen werden dem Wahlprotokoll beigefügt. Ihre Zahl wird in dem Abschnitt des Wahlprotokolls über die Zählung der Wahlumschläge vermerkt.

In Ergänzung des Paragraphen 9, Absatz 1, des Reichswahlgesetzes wird folgendes angeordnet: Wahlberechtigte Beamte und Arbeiter in Staatsbetrieben, die ihren dienstlichen Wohnsitz im Auslande haben, sowie die wahlberechtigten Angehörigen ihres Hausstandes sind auf Antrag in die Wählerliste der zunächst gelegenen deutschen Gemeinde einzutragen, auch wenn die Auslegungsfrist verstrichen ist.

Der preußische „Staatsanzeiger" veröffentlicht nachstehende Verordnung zur Abänderung der Verordnung über die Wahlen zur verfassunggebenden preußischen Landesversammlung vom 28. Dezember 1918: „Für die Wahlen zur verfassunggebenden preußischen Landesversammlung finden die Paragraphen 2 und 3 der Verordnung zur Abänderung der Verordnung über die Wahlen zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung vom 19. Dezember 1918, sowie die Vorschriften der Verordnung zur Abänderung der Wahlordnung für die Wahlen zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung vom 19. Dezember 1918 mit der Maßgabe Anwendung, daß die Wahlvorschläge spätestens am 11. Januar 1919 beim Wahlkommissar einzureichen sind."

Polnische Wirtschaft.

Posen, 2. Januar. In der Nacht zum 1. Januar um 3 Uhr sind Paderewski, sowie die beiden Mitglieder der englischen Kommission, Oberst Wade und Leutnant Lunsford, sowie Major Iwanowski von der Haller'schen polnischen Armee aus Posen in der Richtung auf Warschau abgereist. Der Kommandeur Gawlings, das dritte Mitglied der Kommission, fuhr über Berlin nach Spa mit einem Bericht für die Waffenstillstandskommission. In Ostrowo sind Bahnhof, Post, Polizei, Banken und alle öffentlichen Gebäude in polnischen Händen. Heute trat eine Spezialkommission zusammen, die das ganze militärische Inventar übernahm. In Skalmierzyce ist alles in polnischen Händen. Krotoschin ist ebenfalls in polnischen Händen. Auch der Truppenübungsplatz Warthelager ist von polnischen Abteilungen besetzt worden.

In der Stadt Posen treten allmählich geordnete Zustände ein. Der Post- und Telephonbetrieb ist in vollem Umfange wieder aufgenommen worden. Das „Posener Tageblatt" und die „Ostdeutsche Warte" dürfen von Sonnabend früh ab wieder erscheinen.

Posen, 2. Januar. (Eigene Drahtnachricht.) Ueber die trostlose Lage in Posen wird uns gemeldet: Die deutschen Truppen sind mit Ausnahme der Flieger-Ersatzabteilungen aus der Garnison Posen abgezogen, und zwar die letzten Abteilungen gestern. Die Verwaltung, Post, der Telegraph und die Eisenbahn befinden sich in polnischen Händen. Der männliche Teil der Bevölkerung ist, soweit er sich für die Bewegung zur Verfügung gestellt hat, mit Waffen ausgerüstet worden. Selbst 15jährige Burschen befinden sich hierunter. In den Straßen Posens kann man von einer gesicherten Ordnung schon deshalb nicht sprechen, weil eben einerseits unter Bewaffneten sich Unerfahrene, andererseits auch Kinder befinden. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die ganze Bewegung unter Benutzung des nationalen Gedankens bolschewistische Fermen annehmen kann, wenn nicht durch Eingreifen der deutschen Regierung die Ordnung wiederhergestellt wird. Haussuchungen werden vielfach von unberechtigten Personen vorgenommen. Auch Plünderungen sind an der Tagesordnung. Die Bewegung setzt sich jetzt auch nach der Provinzgrenze fort und nimmt hier einen besonders bolschewistischen Charakter an.

Berlin, 2. Jan. Die deutsche Waffenstillstandskommission teilt mit: Der Vorsitzende der englischen Delegation in Spa, General Hating, richtete an den englischen Oberstleutnant Wade, zurzeit in Posen folgendes Telegramm:

„Ich erhielt vom englischen Auswärtigen Amt den Auftrag, Sie anzuweisen, Ihre Reise nach Warschau ohne Aufschub fortzusetzen. Bestätigen Sie den Empfang. General Hating, britische Delegation Spa."

Oberstleutnant Wade war von deutscher Seite gemeinsam mit Paderewski freies Geleit ausdrücklich nur für die Reise Danzig—Warschau gewährt worden. Die beiden begaben sich aber trotz des deutschen Protestes nach Posen und hatten dort, wie die deutsche Regierung es der Entente unter Ablehnung jeder Verantwortung voraussagte, deutschfeindliche Demonstrationen veranlaßt, indem sie unter bewußter Entstellung der Tatsachen dem stellvertretenden Generalkommando in Posen mitteilten, ihr Aufenthalt in Posen vollziehe sich im Einverständnis mit der deutschen Waffenstillstandskommission. Mit dem strikten Befehl zur Weiterreise ist endlich der deutschen Forderung Genüge getan, daß Wade und Paderewski das deutsche Reichsgebiet unverzüglich verlassen sollen.

Berlin, 2. Jan. Aus Posen erfährt das „B. T.": Das polnische Provinzialkomitee proklamierte Wahlenthaltung für die bevorstehenden Wahlen zur deutschen Nationalversammlung.

Berlin, 2. Jan. Wie der „Lok.-Anz." aus Danzig erfährt, wurde dort aus einer 4000köpfigen Versammlung heraus ein Volksrat zur Abwehr gegen die polnische Gefahr gegründet und die Bildung einer militärischen Wehrtruppe beschlossen.

Aus Krotoschin erfährt das „B. T.": Der Grenzort Stalmierzyce ist von den Polen besetzt, der dortige Grenzschutz aufgehoben und die Garnisonen von Ostrowo und Krotoschin sind stark bedroht.

Danzig, 2. Januar. (Privattelegramm.) Aus Thorn wird gemeldet: Die Grenzübergänge zwischen der Provinz Westpreußen und Polen sind von der polnischen Regierung gesperrt. Flüchtlinge aus Polen berichten von Truppenansammlungen an der preußischen Grenze.

Breslau, 2. Januar. (Privattelegramm.) Nach Meldungen aus Oberschlesiens Industriegebiet bereiten die Polen auch für Oberschlesien Ueberraschungen vor. In Beuthen sind am 30. Dezember eine Konferenz von Polenführern aus Preußen, Galizien und Posen statt. Die allgemeine Bewaffnung der Polen ist an allen Stellen durchgeführt. Die von Polen stark durchsetzten Arbeiter- und Soldatenräte verhalten sich der drohenden Bewegung gegenüber passiv.

Eine Erklärung preußischer Minister.

Berlin, 2. Januar. Justizminister Dr. Kurt Rosenfeld hat an den Zentralrat der deutschen Republik folgendes Schreiben gerichtet: „Im Namen der preußischen Minister Adolf Hoffmann und Paul Hoffmann und zugleich für mich teile ich folgendes mit: Wir waren verreist bezw. erkrankt und können uns daher erst heute zu den Erklärungen unserer Genossen Breitscheid, Hofer, Simon und Ströbel über deren Verbleiben in der Regierung äußern. Wir schließen uns diesen Erklärungen an. Wir stehen auf dem Boden der Auffassung, deren energische Vertretung durch die Genossen Barth, Dittmann und Haase zu ihrem Austritt aus dem Rate der Volksbeauftragten geführt hat. Auch wir wünschen eine Aussprache mit dem Zentralrat. Wir machen von dem Ergebnis dieser Aussprache unser Verbleiben im Amte abhängig."

Abflauen der Bergarbeiterstreiks.

Berlin, 2. Jan. Wie die „Voss. Ztg." von einer dem Berg- und Hüttenmännischen Verein nahestehenden Seite erfährt, ist der Streik auf den oberschlesischen Gruben beigelegt. Die Arbeit wurde heute überall wieder aufgenommen, außer in der Dubensko-Grube, im Siidrevier und der Cleophas-Grube im Kattowitzer Revier.

Aus Essen (Ruhr) erfährt die „Voss. Ztg.", daß der Bergarbeiterstreik auf den Schachtanlagen der Gute Hoffnung-Hütte heute früh in der Hauptsache beendet worden ist. Die Belegschaften sämtlicher Schachtanlagen mit Ausnahme der Zeche Oberhausen sind heute wieder angefahren.

Die britische Friedensabordnung.

London, 2. Jan. Wie „Evening News" meldet, wird ein großer Teil der britischen Delegation zur Friedenskonferenz am nächsten Sonnabend nach Paris abreisen. Der britischen Friedensdelegation werden außer Lloyd George, Balfour und Bonar Law noch angehören: Lord Rordings, ferner vom Auswärtigen Amt Sir William Tyrrell. Sir Louis Kallai für türkische Angelegenheiten, Sir Esmo Havard für die Angelegenheiten Nordeuropas, Sir Ralph Paget für Balkanangelegenheiten und Sir Lyc Grave für westeuropäische Angelegenheiten. Es wird auch eine zahlreiche Abordnung vom Kriegsamt, von der Admiralität und vom Luftamt dazu gehören.

Eine amtliche Erklärung bestätigt die Erklärung der „Evening News" über die britische nach Paris gehende Abordnung und fügt hinzu: Der Premierminister und Bonar Law werden erst ungefähr Mitte nächster Woche abreisen. Balfour befindet sich bereits in Frankreich. Man nimmt an, daß die Konferenz am 13. Januar beginnen wird.

Ein brutaler Rechtsbruch der Entente.

Berlin, 2. Januar. Der „Lok.-Anz." meldet: Mit dem 1. Januar hat die Entente, vom übrigen Deutschland wenig bemerkt, ihren jahrelangen Verletzungen des Waffenstillstandsvertrags mit dem brutalsten Rechtsbruch die Krone aufgesetzt. Seit gestern hat die Entente die gesamten Rheinlande gegen Deutschland tatsächlich abgeschlossen. Kein Eisenbahnzug darf in das besetzte Gebiet hinein oder heraus. Zum Teil werden die Schienenstränge zerstört. Kein Fuhrwerk darf den Rhein mehr passieren. Auch der Personenverkehr ist grundsätzlich verboten und beschränkt sich auf ganz wenige mit besonderen Ausweisen versehene Personen.

Eine Entente-Kommission in Berlin.

Berlin, 2. Januar. In den nächsten Tagen trifft eine Kommission von drei Offizieren der Entente von Spa kommend, in Berlin ein, um in Ausführung der Waffenstillstandsbedingungen die Marineluftschiffe in Jüterbog und Friedrichshagen zu besichtigen. Mit der Führung der Kommission ist der Kapitänleutnant Breithaupt beauftragt.

Wilson in Italien.

Paris, 2. Januar. (Reuter.) Präsident Wilson und Frau Wilson sind gestern abend nach Italien abgereist.

Soll der Friede bald abgeschlossen werden?

WTB. **Paris, 2. Januar.** (Drahtnachricht.) „Echo de Paris" meldet aus Washington, falls nicht unvorhergesehene Ereignisse eintreten, werde Präsident Wilson sich am 10. Februar nach Amerika einschiffen.

Neues italienisches Ministerium.

WTB. **Bern, 2. Januar.** (Drahtnachricht.) Nach einer Stefanimeldung hat der König von Italien durch ein Dekret die Minister Dori und Bissolati aus ihren Diensten entlassen. Als Nachfolger Doris wurde Benoni zum Minister der öffentlichen Arbeiten ernannt, Zupelli wurde zum Nachfolger von Bissolati bestimmt. Bereinni hat nicht auf seinem Rücktritt beharrt. Ferner melden die Blätter die neue Zusammensetzung des Kabinetts. Ministerpräsident Orlando, Aeußeres Sonnino, Krieg Zupelli, Marine Del Bono, Schatzminister Nitti, Finanzminister Meda, Oeffentliche Arbeiten Benoni, Verpflegung Crespi, Transportwesen Villars, Unterricht Berenini, Justiz Sechi, Handel und Industrie Zupelli.

Eine Ansprache des Königs von Dänemark.

WTB. **Kopenhagen, 1. Januar.** Bei der Galatafel am Neujahrstage sagte der König unter anderm: Das entsetzwundene Jahr brachte den Abschluß des Weltkrieges. Aber die Wellen gehen noch hoch. Wir können nur wünschen, daß die großen sozialen Fragen in Verträglichkeit gelöst werden mögen, und daß auch Streik und Gewalthandlungen innerhalb der Gesellschaften die Wunden vergrößern, die der Krieg schon geschlagen. Uns, die wir von der Verheerungen des Krieges unberührt geblieben, fällt es schwer zu verstehen, wie tiefe Verwüstung und Elend die Länder getroffen. Aber wir können Mitleid fühlen mit denen, die leiden und gelitten haben, und uns mit denen freuen, die wieder im Besitz des eigenen Landes kommen. Nächst der Dankbarkeit zu Gott werden wir nie das Verständnis vergessen, das uns seitens jenen schweren Augusttagen 1914 bewiesen wurde, und das auch uns den dämmernden Tag verkündet, an dem unsere innigsten Wünsche und unsere Sehnsucht zur Wirklichkeit zu werden scheinen

Aus der demokratischen Bewegung.

Halle, 2. Januar. Der erweiterte Vorstand der Deutschen demokratischen Partei beschäftigte sich heute abend nach Erledigung organisatorischer Fragen noch mit der Lage im Osten. Es wurde die Abfassung des folgenden Telegramms an den Hauptvorstand der Deutschen demokratischen Partei in Berlin beschlossen:

Der erweiterte Vorstand der Deutschen demokratischen Partei in Halle protestiert mit der größten Entrüstung gegen die gröbliche Verletzung der deutschen Interessen im Osten und ersucht den Hauptvorstand der Partei, bei der Regierung in dringender und energischer Weise gegen eine jede Gleichgültigkeit in dieser Frage vorstellig zu werden. Der Hauptvorstand wird ersucht, für eine energische Wahrnehmung der deutschen Interessen im Osten einzutreten.

Um Ehre und Recht.

Roman von **Fr. Sembdner.**

30. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

So machte er sich auf den Weg, um zuerst bei Seiner Exzellenz dem Grafen Hennersdorf auf Schloß Hennersdorf seine Aufwartung zu machen. Der alte Graf war früherhin stets liebenswürdig gegen ihn gewesen, und selbst Ihre Exzellenz die Frau Gräfin hatte ihn stets eines freundlichen Lächelns gewürdigt, wenn er sie mit einer ehrerbietigen Verbeugung begrüßte. Wenn der Herr Graf und die Frau Gräfin ihn empfingen und ihn somit für gesellschaftsfähig erklärten, dann würde niemand es wagen, ihn zurückzuweisen.

So fuhr er zuerst nach Schloß Hennersdorf, auf dessen Zinne das rot und blaue Banner der gräflichen Familie flatterte, zum Zeichen, daß diese anwesend war.

Aber als Fritz seine Karten durch den Diener hineinschickte und anfragen ließ, ob er sich die Ehre geben dürfe, sich Ihrer Exzellenz vorzustellen, brachte ihm der Diener die Karten mit dem Bescheide zurück, Ihre Exzellenzen empfingen nicht.

Fritz ärgerte sich. Die Herrschaften waren zu Hause und hatten sogar Besuch; denn der Wagen des Herrn v. Lengerken auf Rukeleben hielt vor dem Schlosse. Man wollte also gerade ihn nicht empfangen, schickte ihm sogar seine Karten zurück, zum Zeichen, daß sein Besuch überhaupt nicht genehm sei und daß man mit ihm keinen gesellschaftlichen Verkehr pflegen wolle.

Das war stark. Aber die gräfliche Familie war als sehr exklusiv bekannt, so daß es schließlich nicht wundernehmen konnte, wenn sie ihn, den einfachen Gutsbesitzer mit dem bürgerlichen Namen, nicht empfing.

Fritz fuhr weiter. Aber zu seinem großen Erstaunen erging es ihm bei Baron Brandau ebenso: auch dieser empfing ihn nicht, ebensowenig Herr von Lengerken auf Rukeleben, mit dem er früher doch manchen Skat gespielt hatte. Ueberall erhielt er seine Karten zurück, niemand war für ihn zu sprechen.

Mit bitteren Gedanken und tief gekränkt kehrte er nach Neuhof zurück.

Das mußte der Einfluß der Baronin Hambach sein, der ihn in solch kränkender Weise aus der Gesellschaft ausschloß!

Was hatte er dieser Frau nur getan, daß sie ihn mit ihrem Haß förmlich verfolgte? Seine Entlassung aus dem Dienste des Barons auf Grund einer von dem Baron später selbst als falsch erkannten Verleumdung konnte doch unmöglich der Grund ihres Hasses sein. Und seine Liebe zu Erika? — Er hatte doch nie mehr gewagt, sich Erika zu nähern; er hatte gegen niemanden, mit Ausnahme seiner Mutter, von dieser Liebe gesprochen, und er würde auch niemals hinter dem Rücken der Baronin sich Erika zu nähern versuchen, dazu stand ihm diese zu hoch, dazu hielt er seine Liebe für zu heilig — und was konnte es da der Baronin ausmachen, wenn er diese Liebe still als ein Heiligtum in seinem Herzen trug?

Da mußte noch ein anderer Grund vorhanden sein. Sollte es nur leerer Adelsstolz sein? Der ließ sich vielleicht bei dem Grafen Hennersdorf vermuten, bei den anderen Herren jedoch nicht, die früher sogar, als er noch einfacher Verwalter war, freundschaftlich und zum Teil kameradschaftlich mit ihm verkehrt hatten.

Vielleicht würde er den Grund bei den bürgerlichen Gutsbesitzern erfahren, und so mochte er sich am nächsten Sonntag auf, um bei diesen seine Besuche zu machen.

Aber — das Blut stieg ihm siedend heiß in die Stirn — er erfuhr hier dasselbe Schicksal wie bei dem Adel. Er wurde nicht empfangen, und als er an zwei Stellen abgewiesen war, da ersetzte ihn der Zorn und er nahm sich vor, sich um die ganze Gesellschaft nicht mehr zu kümmern.

Er fuhr direkt nach Hause.

Auf dem Rückweg mußte er durch Neugersdhausen fahren, das Dorf, in dem das Gut Franz Lengners, des Kameraden von Fritz aus dessen Dienstzeit, lag.

Da kam Fritz der Gedanke, ob Franz Lengner, obgleich er eigentlich nicht zur ersten Gesellschaft gehörte, nicht den Grund des eigentümlichen Benehmens dieser wußte, und er befahl seinem Kutscher, anzuhalten.

Dann stieg er aus, um auf Lengner zuzugehen. Da sah er zu seinem Erstaunen, wie dieser sich rasch abwandte, als habe er auf dem Hofe zu tun. Aber er wollte Gewißheit haben, ob auch Lengner ihn mied.

„Hollo, Lengner, wohin so eilig?" rief er ihm nach.

„Ich wollte Ihnen eben meine Antrittsvisite machen."

Lengner blieb stehen, ein verlegenes Lächeln auf dem Gesicht.

„Guten Tag, Born," sagte er. „Entschuldigen Sie mich, ich hatte im Stall zu tun."

Fritz trat nah an ihn heran und sah ihm scharf in die Augen.

„Franz Lengner," sprach er fest und bestimmt, „Sie wollten mir ausweichen."

„Ach nein — gewiß nicht."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19190103013/fragment/page=0002

Halle und Umgebung.

Halle den 3 Januar 1919.

Sitzung des Soldaten-Rates.

In der gestrigen Sitzung des S.-Rates brachte das Mitglied Kam. Volkmann einen Bericht über Urlaube und Beurlaubung, Alarmierung am 31. Dezember, an die sich eine sehr rege Debatte über die Vorgänge schloß. Danach hat der betreffende Truppenteil Soldaten, der in einem nummerlosen Zug befördert wurde, auch in Magdeburg einen Schießerei verursacht, bei der 35 Menschen getötet sein sollen. Es wurde getadelt, daß man den Zug weiterzugelassen habe, der offenbar nicht Frontkruppen, sondern eine gegenrevolutionäre „wilde Rotte" enthalten habe. Die Rotte soll in Fulda gebildet worden sein und die Angabe haben, durch Deutschland zu fahren, und Putsche zu veranlassen. Es wird verlangt, daß die Sicherheitstruppe auf 1000 Mann verstärkt und einem einheitlichen Kommando unterstellt werde; als Kommandant wird Lt. Ferchland vorgeschlagen.

Kam. Lt. Ferchland hebt hervor, daß man die Unterstützungsgelder für die Sicherheitsmannschaften weder von der Regierung, noch von der Stadt bekommen könne.

Kam. Schumacher eifert gegen die Regierung Ebert-Scheidemann, die die Interessen der Kapitalisten wahrnehme. Er verlangt Bewaffnung der Arbeiterschaft.

Kam. Kiebling warnt vor Ueberstürzung der Sozialisierung.

Kam. Jänicke spricht sich gegen die jetzige Regierung aus und hebt hervor, daß nur die Internationale der Arbeiterschaft, nicht aber die des Kapitalismus zusammengebrochen sei. Er drückt die Hoffnung aus, daß auch das französische und englische Proletariat sich nicht zur Beschützung ihrer Kapitalisten mißbrauchen lassen werde. (Zwischenruf: „Ausfall der englischen Matrosen!")

Ein Antrag Franke, eine Anzahl Mannschaften ständig unter Waffen und bis zur Nationalversammlung alarmbereit zu halten, wird nach längerer Debatte abgelehnt. Der Vorsitzende verliest eine gegen die Spartakusgruppe gerichtete Entschließung der Marinestation Flensburg.

Kam. Brochaus beantragt die Bewaffnung des S.-R. mit Handfeuerwaffen. Die nach eingehender Debatte erfolgende Abstimmung über diesen Antrag mit Probe und Gegenprobe läßt — soweit am Prestetisch erkenntlich ist — das Ergebnis unentschieden. Es erfolgt eine längere Auseinandersetzung über das Tragen von Armbinden, die gleichfalls — soweit sich am Prestetisch feststellen läßt — ergebnislos bleibt.

Die nächste Sitzung soll am nächsten Dienstag, vormittags 10 Uhr, stattfinden.

Ueber die Sitzung des Soldatenrats am 30. Dezember geht uns nachträglich noch ein Bericht zu, dem wir folgendes entnehmen:

Der Vorsitzende der Rechtskommission, Kamerad Schwartz, weist auf die große Bedeutung hin, welche die neue Verordnung über die zu bildenden Kriegsgerichte auf demokratischer Grundlage besitze. In scharf kennzeichnenden Ausführungen schildert er das Wesen der bisherigen Kriegsgerichte und ihrer drakonischen Urteile auf Grund des Militärgesetzes, wodurch Militär- und Zivilpersonen in unmenschlicher Weise zu hohen Gefängnis- oder Zuchthausstrafen verurteilt wurden. Er weist darauf hin, daß nur ältere Kameraden, welche über größere Lebenserfahrungen verfügen, und volles Verständnis für den neuen Geist der jetzigen Zeit haben, für die Wahl von Beigeordneten zu diesen Kriegsgerichten in Frage kämen. — Kamerad Freling betont die Wichtigkeit dieser neu zu besetzenden Aemter und bittet den Soldatenrat, die größte Vorsicht bei der Wahl der Besitzer zu beobachten; eine unbedingte Forderung wäre es für die Besitzer, die Umstände, welche bei dem von dem Angeklagten begangenen Verbrechen vorliegen, klar zu erfassen, um daraus die psychologischen Momente bei dem Beschuldigten zu erkennen und entsprechend das richtige Urteil zu fällen. Gewählt wurden als Besitzer: Unteroffizier Freling, Landsturmmann Kohlhagen, Gefreiter Leker, Landsturmmann Hanel und als Ersatzmänner: Feldwebel Franke, Gefreiter Wagner, Gefreiter Ohme, Feldwebel Arnold.

Kamerad Adler gibt dann einen kurzen Bericht über die Ratekonferenz in Berlin. An diesen Bericht schließt sich eine außerordentlich lebhafte politische Aussprache, in der der jetzt eingetretene Umschwung in der Regierung zum Ausdruck gebracht wurde. Die Trennung der beiden sozialdemokratischen Parteien wird von einigen Rednern sehr bedauert, auf die Einigkeit in Halle müsse jedoch unbedingt bestanden werden. — Kamerad Freling führt aus, daß trotz jetzt beschrittene Weg der Regierung mit den größten Gefahren verbunden sei, und es gehöre die größte Umsicht, größtes Verständnis für die Wünsche der arbeitenden Klassen des Volkes dazu, ferner die größte Tatkraft, um diese Wünsche in die Tat umzusetzen, um das deutsche Volk vor den schwersten Schäden, wenn nicht einer schrecklichen Katastrophe zu bewahren. Er ist der Ansicht, daß bis auf weiteres der Soldatenrat die Regierung unterstützen müsse, doch werde die Haltung des Soldatenrates in Zukunft von den Taten der Regierung, die man von ihr erwartet, abhängig gemacht werden müssen. Die Regierung müsse sich anschicken, das von ihr aufgestellte Programm bald zur Durchführung zu bringen, die Bergwerke zu sozialisieren, wie es der Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte gefordert hat, weiterhin auch die Beschlüsse des letzteren sofort auszuführen. Immer mehr durchschneide man also den Arbeiter- und Soldatenräten die Macht, wodurch notwendigerweise die Reaktion verstärkt werden müsse; im Auslande spreche man nur von Scheinrevolution. — Kam. Müller wendet sich in heftigen Worten gegen die Regierung, welche der Reaktion Vorschub leiste, er sei nicht gewillt, sich von den Gegenrevolutionären an die Wand drücken zu lassen, er wolle lieber für die Sache des Proletariats kämpfen. — Vorsitzender Gruner wendet sich gegen das Verfahren der Regierung gegen Beschlüsse der Soldatenräte, man denke nur an den Fall der Waffenanziehung, wo man dem Soldatenrat erst 7.30 Uhr abends die telegraphischen Mitteilungen zugehen ließ, nachdem Herr Keil schon längst das ihm von der Regierung zugesandte Telegramm der „Saale-Zeitung" zur Verfügung gestellt hatte. Durch dieses Verfahren wurde der Soldatenrat ins Unrecht gesetzt, obwohl er lediglich den Beschluß des Bezirks-Soldatenrats Merseburg zur Ausführung gebracht habe. — Kamerad Schwartz wendet sich in leidenschaftlichen Worten ebenfalls gegen das Verfahren der Regierung. Man brauche sich nicht zu wundern, wenn dann auch untergeordnete Behörden die Distriktierung der Arbeiter- und Soldatenräte sich zu eigen machen würden, was ja auch hier in Halle oft genug hervorgetreten sei, die vollziehende Gewalt hier in Halle besitze allein der Arbeiter- und Soldatenrat, entweder habe er die Macht oder habe sie nicht! Das müßte ausdrücklich betont werden — Kamerad Jänicke verurteilt die Regierung der Rechtssozialisten. — Kamerad Bruckhus weist darauf hin, daß man den Gewalthabern des alten Systems energisch zu Leibe gehen müsse, wolle man nicht selbst unter den Schlitten kommen; es rächten sich die Fehler der Vergangenheit wegen zu lauen Vorgehens des Arbeiter- und Soldatenrates, man müsse alles nachholen. — Kamerad Rosenberg wendet sich gegen einen Erlaß des Kriegsministeriums, der ganz den alten Geist atme und den Beschlüssen des Rätekongresses widerspreche Es entsteht daraufhin eine lebhafte Aussprache über diesen Punkt. Es wurden dann folgende Anträge zur Abstimmung eingebracht:

1. Antrag Rosenberg an den Zentralrat: Der Soldatenrat beschließt, daß die im Armee-Verordnungsblatt erscheinenden Verfügungen, Anordnungen, Erlasse usw. nur dann zur Ausführung gelangen, wenn sie außer vom Kriegsminister und dem Unterstaatssekretär noch vom zuständigen Vertrauensmann des Soldatenrates gegengezeichnet sind. — 2. Antrag Freling: Der Soldatenrat ersucht um Aufklärung über die Verordnungen im Armee-Verordnungsblatt 1918, Ziffer 1346, die dem Geist der Revolution entgegenarbeiten. — 2. Antrag Freling an den Zentralrat: Der Soldatenrat ersucht um sofortige Ausführung der Beschlüsse des Rätekongresses. — 3. Antrag Freling: Der Soldatenrat ersucht um Maßregelung der obersten Heeresleitung, welche die geheime Depesche an Heeresgruppe Ost übermittelte: „sie erkenne die Beschlüsse des Rätekongresses nicht an, Rang und Ehrenzeichen abzuschaffen." — 4. Antrag Freling: Der Soldatenrat ersucht den Zentralrat, die Regierung darauf hinzuweisen, daß sie die Beschwerden von Behörden und Privatpersonen Halles über Maßnahmen des hallischen Soldatenrates den Beschwerdeführern nicht unmittelbar ohne vorherige Anhörung des Soldatenrates kommuniziert, sondern stets zunächst dem Soldatenrat zur Aeußerung vorgelegt werden (nicht wie im Fall Stadtverordnetenvorsteher Keil betreffs Waffenabgabe). Es wird beschlossen, für diesen letzten Antrag die Zustimmung des Arbeiterrats herbeizuführen.

Ferner wird in einem von Kamerad Freling eingebrachten Antrag dem Vorstand aufgegeben, den Ortsbehörden von Halle wieder energisch in Erinnerung zu bringen, daß Arbeiter- und Soldatenrat allein die polizeiliche Gewalt besitzen und daß sich alle Behörden dem zu fügen haben, widrigenfalls die notwendigen Maßnahmen getroffen werden.

Keine Entlassung von Kriegsbeschädigten aus Heeresbetrieben. Die Heeresverwaltung wird mit allen Mitteln dafür sorgen, daß die Kriegsbeschädigten, namentlich die Schwerkriegsbeschädigten, in den Betrieben und Verwaltungen aus Anlaß der Demobilmachung unter keinen Umständen ihre Arbeitsstelle verlieren. Bietet sich für den betreffenden Schwerbeschädigten an seiner Arbeitsstelle wegen Auflösung des Heeresbetriebes keine Arbeitsmöglichkeit, so wird er von der Heeresverwaltung auf einem anderen Arbeitsplatze weiter beschäftigt werden.

Der Naturwissenschaftliche Verein für die Provinz Sachsen und Thüringen hält am Donnerstag, den 9. Januar, 8½ Uhr abends, im Hörsaal des geologischen Instituts eine Sitzung ab. Vortrag von Dr. Weigelt über „Nordseefauna und Geologie" mit Lichtbildern. Gäste willkommen.

Stadtmission. Ueber „Ein glückliches Heim" wird Herr Pastor Winterberg am nächsten Sonntag, abends 8 Uhr, im Stadtmissionshaus, Weidenplan 4, sprechen. Von Montag, den 6. bis Sonnabend, den 11. Januar, findet jeden Abend 8 Uhr eine allgemeine Gebetsversammlung statt.

Provinzial-Nachrichten.

⚒ **Eisleben**, 1. Januar. (Die Errichtung einer Kreisbaubank) ist vom Kreistage des Mansfelder Seekreises beschlossen worden. Es wurde einstweilen ein Betriebskapital von 80 000 Mark zur Verfügung gestellt.

△ **Cöthen**, 1. Januar. (General von Lequis), der bisherige Kommandeur der Berliner regierungstreuen Truppen, wird wieder nach Cöthen übersiedeln, wo er sich schon einmal einige Zeit aufhielt. Als ehemaliger Gouverneur von Metz dürfte er wieder die Leitung des hier untergebrachten Gouvernements Metz übernehmen.

△ **Leopoldshall**, 1. Januar. (Der Gemeinderat) genehmigte einstimmig den Antrag des Bürgermeisters Taggert, durch Vermittlung der Kreisdirektion bei dem anhaltischen Staatsrat eventl. bei der anhaltischen Landesvertretersammlung die Eingemeindung der Vorstadt zu erbitten. Leopoldshall ist mit seiner über 7000 Seelen zählenden Bevölkerung die größte anhaltische Vorstadtgemeinde.

△ **Mühlberg** (Elbe), 2. Januar. (Grundstücksverkauf.) Der ehem. Goldschmidtsche Baubof ist durch Kauf von Herrn Gutsbes. Hentschel in Besitz des Lehrers Herrn Franz Müller Berlin übergegangen. Letzterer beabsichtigt die jetzt vom Postamt benutzten Räume in ein Café umzugestalten und außerdem in den Nebengebäuden eine Konservenfabrik zu betreiben. — Bei der Waldtreibjagd des Rittergutes Martinskirchen wurden 44 Hasen, 12 Kaninchen, 1 Fuchs und 1 Schnepfe zur Strecke gebracht.

⚒ **Gardelegen**, 2. Januar. (Totaufgefunden) wurde hinter der Turnhalle die 21jährige Anna Werny von hier, welche hier als Bureaugehilfin tätig gewesen und sich eine Zeitlang während des Krieges in der Etappe befindet hat. Die Leiche des jungen Mädchens war mit einer Wolldecke und einem Jackett angetan, neben ihr lag ein kleiner Browning und in der rechten Schläfe wies der Körper eine Schußwunde auf. Das Mädchen hatte einen Brief bereits und sich von dort nach den Gartengängen begeben. Alle Anzeichen sprechen für einen Selbstmord.

⚒ **Erfurt**, 1. Januar. (Parteisekretär Wolff †.) Ein weit über seine Vaterstadt hinaus bekannt gewordener Erfurter, der Humorist Artur Wolff, ist dieser Tage im blutigen Garnisonlazarett, wo er Heilung von einem Fußleiden suchte, verschieden. Er hatte vier Jahre im Felde gestanden.

Vermischtes.

Schiffe gescheitert.

London, 2. Januar. (Reuter.) Bei Stornoway scheiterte ein Dampfer mit 300 heimkehrenden Seeleuten beim Einlaufen in den Hafen infolge Auflaufens auf ein Riff. Es gelang 50 Seelauten, sich an Land zu retten. Viele von ihnen waren schwer verletzt. Man fürchtet für die übrigen.

New York, 2. Januar (Reuter.) An der Küste von Fire Island strandete das englische Hospitalschiff „Northern Pacific" mit 1744 Verwundeten, 705 unverwundeten Soldaten und 198 Schiffsmannschaften an Bord infolge Nebels. Es ist in einer gefährlichen Lage.

Fremdensperre in Württemberg. Angesichts der Ernährungsverfall mille wurde für ganz Württemberg der Fremdenverkehr auch über den 31. Dezember hinaus zunächst bis zum 31. März 1919 ausgeschaltet.

Hochwässer in Süddeutschland. Wie aus Karlsruhe gedrahtet wird, steigen infolge erneuter, ununterbrochener Regenzüsse alle Flüsse und Bäche in Süddeutschland weiter. Eine Reihe von Schwarzwaldflüssen droht aus den Ufern zu treten. Mehrere Flüsse haben bereits das Vorgelände überflutet. Sollten die Niederschläge andauern, so besteht Hochwassergefahr. Der Rhein ist in beträchtlichem Steigen und zum Ueberlaufen voll. Der Pegelstand beträgt bereits 7 Meter.

Der Kanalverkehr ist wieder aufgenommen. Nach zweieinhalbjähriger Pause ist der Kanalverkehr zwischen Paris und London oder Folkestone und Boulogne wieder eröffnet worden. e.

Schwedisches Getreide für Finnland. Wie das Norwegische Telegraphenbureau erfährt, hat die norwegische Regierung der schwedischen mitgeteilt, daß sie norwegischen Schiffsraum für den Transport von 5000 Tonnen Getreide von Amerika nach Schweden betrachten könne, wenn Schweden in der Lage sei, eine solche Menge Getreide vorschußweise an Finnland abzugeben. g.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Börsenstimmungsbild.

Berlin, 2. Januar. In der zurzeit an der Börse herrschenden Geschäftsstille ist auch im neuen Jahr keine Veränderung eingetreten. Die Geschäfte hängen bei der allgemein obwaltenden Zurückhaltung mehr oder minder von Zufallsaufträgen ab, und dementsprechend sind auch die Kursveränderungen zu bewerten. Immerhin gibt sich eine gute Widerstandskraft gegen weitere Rückgänge zu erkennen, und bei nicht einheitlicher Eröffnung konnte sich in den wenigen Papieren, in denen Umsätze stattfanden, eine Besserung durchsetzen. Tres gilt namentlich für Bismarckhütte und Phönixaktien. Kriegsanleihe und alte heimische Renten, sowie österreichische und ungarische Anlagewerte behaupteten ihren Kursstand gut bezw. verbesserten ihn, wie bei den Kriegsanleihen, und in Valutarenten hielt unter Bevorzugung der Pfundanleihen die Nachfrage an.

Devisenkurse.

Berlin, 2 Januar.

Die amtlichen Notierungen für telegraphische Auszahlungen stellen sich an der heutigen Börse in Vergleichung zum vorhergehenden Tage in Mark wie folgt:

		heute Geld	heute Brief	Berliner Tag Geld	Berliner Tag Brief
New York	1 Doll.	— —	— —	— —	— —
Holland	100 fl.	3 4.21	314 75	345 0	346 50
Dänemark	100 Kr.	22 / 0	20.50	220 50	221. 0
Schweden	100 Kr.	24 .75	243.2	243 21	243,75
Norwegen	100 Kr.	231 71	23 5	232.75	233.25
Schweiz	100 Fr.	1.3 75	139.00	1.3 25	133 50
Wien	100 K.	53.50	52.80	53 95	54.05
Budapest					
Bulgarien	100 Leva	—.—	—.—	—.—	—.—

Konstantinopel Geld —.— Brief — —
für ein türkisches Pfund.
Spanien Geld 37 60 Brief 138 00
für 100 Pesetas
Helsingfors 81.25 81.75 Deutsche Mark für 100 Finnische Mark.

Produktenbericht.

Berlin, 2. Januar. Die Aufwärtsbewegung der Preise in Serradella hält an. Angebot ist augenblicklich kaum vorhanden, da die Abgeber sich außerordentlich zurückhaltend zeigen. Der Preis hat wieder eine Höhe von 75 bis 80 Mark erreicht, also bei nahe den Höchstpreis. Auch auf weitere Zufuhr ist kaum zu rechnen, da aus Posen nichts mehr ankommt und in anderen Gebieten die Ernte der Erwartungen nicht entsprochen hat. Von Kleesaaten wird Rotklee in guten Qualitäten gesucht, weiß Inders vergelblich. Heu ist wieder knapper geworden. Auch Stroh und Häcksel entsprechen noch nicht der Nachfrage. Wetter: regnerisch.

Die Banken und die Anleihen.

WTB. Berlin, 2. Januar. (Drahtbericht.) Die Mitglieder der Vereinigung von Berliner Banken und Bankiers sind übereingekommen, angesichts der zurzeit noch nicht übersehbaren Lage des Marktes bis auf weiteres Staatsanleihen oder Anleihen von Kommunen oder Kommunalverbänden nur zum kommissionsweisen Verkauf zu übernehmen.

Feststellung von Steuerkursen. Wir hatten bereits mitgeteilt, daß im Januar die Herausgabe eines Steuerkurszettels beabsichtigt sei. Diese Meldung wird jetzt amtlich wie folgt bestätigt: Im Laufe des Monats Januar werden in gleicher Weise wie zu Beginn des Jahres 1917 zur schwerzinslichen Werte, Dividendenpapiere usw., auf den 31. Dezember 1918 Kurse festgesetzt werden, die die Grundlage für steuerliche Zwecke bilden sollen.

Pommersche Provinzial-Zuckersiederei, Stettin. Die Generalversammlung setzte die Dividende auf 25 Prozent (i. V. 20 Prozent) fest.

Excelsior-Fahrrad-Werke Gebr. Torad Nag, A.-G. in Brandenburg (Havel). Die Verwaltung schlägt für das Geschäftsjahr 1917/18 die Ausschüttung von 10 Prozent (i. V. 6 Prozent) Dividende und eines Bonus von 5 Prozent vor. Der Abschluß für 1917/18 stellt sich wie folgt: Fabrikationsgewinn 311 875 (612 574) Mark, Handlungsunkosten 241 989 (218 706 Mk., Bruttogewinn 521 885 (393 868) Mk., Bruttogewinn einschl. Vortrag 569 982 (439 330) Mk., Abschreibungen 114.198 (192 733) Mk. Rücklagen 39 402 (36 500) Mk., Tantiemen 25 703 (30 000) Mk., Dividende 337 500 (132 000) Mk., Neuvortrag 38 179 (48 097) Mk. Aber die Aussichten wird im Geschäftsbericht ausgeführt: „Es ist mit baldiger Einstellung der Beschäftigung in Heeresarbeiten zu rechnen und unsere Verwaltung bleibt daher mit allen Kräften für die Ueberleitung des gesamten Betriebes auf unseren bewährten Friedensartikel „Fahrräder" bemüht. Hoffentlich gelingt es wenigstens nach und nach ausreichende Rohmaterialien und auch genügende Aufträge dafür hereinzubringen.

Berliner Börse

vom 2. Januar 1919.

(Telegramm.)

Eisenbahn-Aktien:			
Halberst.-Blankenb.	92,75		
Halle-Hettstedter	79,25		
Schantungbahn	60,50		
Allg. Lokal-Str.	131,00		
Gr. Berl. Str.	128,00		
Magdeburger Str.-B.	158,00		
Prinz-Heinrich-B.	—		
Orientbahn	150,25		
Schiffahrts-Aktien:			
Hambg. Paketfahrt	81,75		
Hambg. Südamerika	128,50		
Hanse-Dampfschiff.	168,50		
Nordd. Lloyd.	82,00		
Bank-Aktien:			
Bank f. Thür.	—		
Berl. Handelsges.	158,00		
Commerz- Diskontobank	116,00		
Darmstädter Bank	114,00		
Dessauische Landesbank	115,00		
Deutsche Bank	200,50		
Diskonto-Comm.	168,00		
Dresdner Bank	141,50		
Leipzig Credit-Anst.	140,50		
Mitteld. Kreditbank	117,00		
Nationalbank	—		
Oesterr. Kredit	—		
Reichsbank	127,50		
Industrie-Aktien:			
Schultheiss-Brauerei	207,00		
Akt. f. Anilin	218,00		
Allgem. Elektr. Ges.	168,50		
Ammendorfer Papierfabrik	—		
Anhalter Kohlenw.	170,00		
Annaberger Steingut	152,00		
Badische Anilin	273,00		
Bergmann Elekt. Akt.	132,00		
Berl. Masch.-Bau	197,00		
Bismarckhütte	192,50		
Boccumer Gußstahl	189,75		
Chem.-Fabr. Buckau	102,50		
Chem. Griesheim	196,50		
Chem. Heyden	212,00		
Consolidation Schalk	221,00		
Gröllwitzer Papierfbk	191,00		
Daimler Motoren	172,50		
Deutsche Luxemburg	102,75		
Deutsche Ueberseeische Elektr.	134,00		
Deutsche Erdöl	205,00		
Deutsche Gasglühl.	300,00		
Deutsche Kali	135,00		
Deutsche Waffen u. Mun.	157,75		
Donnersmarkhütte	226,00		
Döring & Lehrmann	70.25		
Dürkoppwerke	275,25		
Elberfelder Faber.	270,00		
Felten & Guilleaume	141,25		
Gasmotoren Deutz	114,00		
Gebhard & Co	190,00		
Gelsenkirchen Berg	142,87		
Glasgitzer-Zuckerfbk.	192,00		
Hallesche Maschbk.	—		
Henn. Masch.	275,00		
Harpener Berg	165,50		
Hasper Eisen	121,00		
Hirsch Kupfer	—		
Höchster Farbw.	220,50		
Hoesch Eisen u. Stah	211,00		
Hohenlohe-Werke	104,50		
Humboldt Masch.	116,00		
Ilse Bergbau	203,00		
Kahla Porzellan	251,00		
Kallw. Aschersleben	134,00		
Körbisd. Zucker-Akt.	243,00		
Kyffhäuserhütte	—		
Lahmeyer & Co.	110,00		
Lauchhammer	166,00		
Laurahütte	177,12		
Linke & Hofmann	244,00		
Ludwig Loewe & Co.	194,50		
Lothringer Hütte	120,00		
Mannesmannröhren	174,87		
Oberschl. Eisenb.-Bd.	120,25		
do. Cero Hag.	115,50		
do. Koksw erke	191,00		
Orenstein & Koppel	142,50		
Phönix Berg	198,37		
Rhein. Metall-Verz.	164,00		
Rhein. Stahlwerke	181,00		
Riebeck. Montan	164,00		
Rombacher Hütten	146,00		
Rositzer Braunk.	103,00		
Rositzer Zucker	131 50		
Sangerhäuser Maschinenfabr.	—		
Siegen-Schneider & Co.	171,00		
Schuckert & Co.	128,12		
Siemens & Halske	171,00		
Stettiner Vulkan	134,00		
Stollberger Zinkh.	106,25		
Stralsund. Spielkarten	165,00		
Thale-Eisenhütte	213,50		
Triptis Porzellan	163,00		
Türk. Tabakregie	365,00		
Ver. Köln-Rottweiler	—		
Ver. Glanzstoff	—		
Wegelin & Hübner	—		
Werschen-Weißenfelder Braunk.	168,75		
Westeregeln Alkali	176,75		
Wittener Gußstahl	176,00		
Wrede Mälzerei	100,25		
Zechau-Kriebitsch Braunk.	—		
Zeitzer Masch.	241,00		
Zellstoff Waldhof	162,00		
Oxavi-Minen	90,00		

Verantwortlich für den politischen Teil: Curt Hetmes; für den örtlichen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht, Handel: Eugen Brinkmann; für Sport und Briefkasten: Heinrich Miesckner; Feuilleton, Unterhaltungsblatt Vermischtes usw.: Dr. Karl Herz; für den Anzeigenteil: J. V.: Otto Meier.

Druck und Verlag von Otto Hendel.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19190103013/fragment/page=0003

Amtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Angesichts der neuerdings auch im Stadtkreise Halle vorgekommenen Pockenerkrankungen wird die Bevölkerung hierdurch auf den Nutzen der Pocken-Schutzimpfung erneut hingewiesen und allen Haushaltungsvorständen dringend empfohlen, möglichst sofort sich und ihre Haushaltsangehörigen impfen zu lassen, soweit dies nicht innerhalb der letzten 4 Jahre bereits „mit Erfolg" geschehen ist.

Um außerdem jedermann die Möglichkeit zur kostenfreien Schutzimpfung zu geben, ist für die hiesige Zivilbevölkerung ein öffentlicher Impftermin auf

Sonnabend, den 4. Januar 1919, von

a) nachmittags 3—4 Uhr für Frauen und Mädchen,
b) nachmittags 4—5 Uhr für Männer,
c) nachmittags 5½—6½ Uhr für Frauen und Mädchen,
d) nachmittags 6½—7½ Uhr für Männer

in den Klassenzimmern 49 und 50 der alten Volksschule, Neue Promenade 13, anberaumt worden.

Halle, den 31. Dezember 1918.

Der Arbeiter- und Soldatenrat. Reiwand. — Die Polizeiverwaltung.

Bekanntmachung.

Straßenbeleuchtung.

Im Januar 1919 brennen die Gaslaternen:

vom 1. bis 10. von 5¼ Uhr abends bis 7¼ Uhr früh,
vom 11. bis 16. von 5½ Uhr abends bis 7¼ Uhr früh,
vom 17. bis 20. von 5¼ Uhr abends bis 7 Uhr früh,
vom 21. bis 31. von 5¾ Uhr abends bis 7 Uhr früh.

Halle, den 28. Dezember 1918. — Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Bei der behördlichen Prüfung der Gestehungs- oder Erwerbskosten, namentlich von Gegenständen des täglichen Bedarfs, ist es in letzter Zeit wiederholt vorgekommen, daß Gewerbetreibende erklärten, die hierzu erforderlichen schriftlichen Unterlagen nicht zu besitzen, weil das Kauf- oder Tauschgeschäft mündlich abgeschlossen worden sei.

Einem solchen Verfahren, das gegen die allgemeinen kaufmännischen Grundsätze verstößt, muß die Absicht zugrunde gelegt werden, den Tatbestand zu verdunkeln.

Das Kriegsernährungsamt (frühere Reichspreisstelle) hat daher kürzlich entschieden, daß ein Händler, der seinen Ein- und Verkauf nicht nachzuweisen vermag, in den jetzigen Zeiten zum Handel nicht geeignet ist und daher hiervon ausgeschlossen werden muß.

Es liegt daher im Interesse der Handel- und Gewerbetreibenden, alle Käufe und Verkäufe schriftlich abzuschließen.

Halle, den 21. Dezember 1918.

Die Polizeiverwaltung.

Aus dem Felde zurück
eröffne ich mit dem heutigen Tage meine
Schuhmacherei
und bringe mich bei meiner werten Kundschaft und Nachbarschaft bei allen vorkommend. Arbeiten in empfehlende Erinnerung
Fr. Ebert, Wielandstr. 5.

Man verlange die a 08
Flugschriften
der
Deutschnationalen Volkspartei
Abteilung für das städtische Bürgertum
vom Büro Dr. Schiele, Berlin SW. 11 Großherrenstr. 15
(Konto Nr. 20771 Dr. Georg With. Schiele in Naumburg-Saale beim Postscheckamt Leipzig)
in Werbepäckchen gegen Ueberweisung von 1,— Mk.

Unterricht

Prof. Zanders höhere Privat-Knabenschule, Halle a. S., Friedrichstrasse 24 Telephon 2656. Prospekt. Aufnahme vom 1. Schuljahre ab. Vorbereitung für sämtliche Klassen aller höheren Schulen. Arbeitsstunden unter Aufsicht. Unterricht in englischen wie Lehrerpensionen. Anmeldungen jederzeit. Wiederbeginn des Unterrichts am 21 Januar 1919. A 267

Who does
Firstrat English conversation to a young highclass engineer
address unter W. 5832 a. d. Exp. d. Bl.

Erteile
gründl. Klavier-Unterricht
alle Stufen. Methode Prof. Wiedmayer, langjährige Erfahrung, beste Empfehlungen.
Margarete Hobohm, Goethestraße 35, I.
Schülerin des Kgl. Konservatoriums der Musik zu Leipzig. A277

Unterrichts-Anzeigen.

Buchführung.
Kaufmännische Privatschulen Baer&Dittenberger, Geiststr.41 C. Gieseguth, Harz 50, I. C. Lewin, Steinweg 45.

Chauffeurschule.
Hallesche Automobilzentrale, Grünstr. 31.

Chemieschule für Damen.
Dr. S. Gärtner, Mühlweg 29. Tel. 5855.

Cello-Unterricht.
O. Schwendler, Mühlweg 30.

Fremde Sprachen
Kaufmännische Privatschulen Baer&Dittenberger, Geiststr.41 C. Gieseguth, Harz 50, I. C. Lewin, Steinweg 45.

Gesangs-Unterricht.
Fritz Gruseil u. Frau, Sophienstrasse 17.

Haushalt- u. Kochunterricht
U. Laaß, Magdeburgerstr. 37.

Kaufmänn. Rechnen.
Kaufmännische Privatschulen Baer&Dittenberger, Geiststr 41 C. Gieseguth, Harz 50, I. C. Lewin, Steinweg 45.

Klavier-Unterricht.
Weidenplan 27, I. Etage.

Korrespondenz.
Kaufmännische Privatschulen Baer&Dittenberger, Geiststr.41 C. Gieseguth, Harz 50, I. C. Lewin, Steinweg 45.

Musik-Unterricht.
Musikgruppe Halle Stundenvermittlung durch Frl. Schiefer, Kl. Ulrichstr. 17 I.

Nachhilfe-Unterricht
wird erteilt Forsterstr. 36, II l. K. Taube, L.-Wuchererstr. 28.

Schneider-Akademie.
Fräulein B. Müller, Schneidermeisterin, Gr. Ulrichstr. 52

Triumph-Meth. Linke,
Gr. Ulrichstr 63.

Schneider-Unterricht
E. Holborn, Forsterstr. 58 II

Schreib-Unterricht.
Kaufmännische Privatschulen Baer&Dittenberger, Geiststr.41 C. Gieseguth, Harz 50, I.

Schreibmaschine.
Kaufmännische Privatschulen Baer&Dittenberger. Geiststr.41 C. Gieseguth, Harz 50, I. C. Lewin, Steinweg 45.

Schulwissenschaften.
K. Taube, L.-Wuchererstr. 28

Stenographie
Kaufmännische Privatschulen Baer&Dittenberger, Geiststr.41 C. Gieseguth, Harz 50, I. C. Lewin, Steinweg 45. Trotzdp, Seydlitzstr. 3.

Tanz-Unterricht
Hofballettmeister Wesner, St. Nikolaus.

Noch grosse Auswahl
in:

Federboas
Federbonbon
Paradies-,
Kronen- und
Stangenreihern sowie
sämtlichen Putzzutaten.
Auch werden getragene Hüte auf neue Formen gearbeitet.
O. Petrich, Bölbergasse 4.

Aus dem Felde zurück
habe ich meine Praxis wieder aufgenommen
Zahnarzt Walter Herrmann,
Königstrasse 2, I
Sprechstunde 9—12, 2—5 ausser Sonntags
Tel. 2246. A 277

Nehme die Praxis wieder auf.
Wohnung jetzt: Königstr. 9, Erdgeschoss
Fernsprecher 1438. A 159
Sprechzeit vorläufig: wochentags 8—9 und 3—4 Uhr.
Dr. Schober.

Aus dem Felde zurückgekehrt
habe ich meine Praxis wieder aufgenommen.
Professor Dr. Frese
Mühlweg 45.
Sprechstunden: 10—12 Uhr vormittags 3 4 Uhr nachmittags.

Bekanntmachung.
Bei der am 9. Dezember 1918 erfolgten notariellen Auslosung von 4½igen Schuldverschreibungen der vormaligen Sächsisch-Thüringischen Aktiengesellschaft für Braunkohlen-Verwertung zu Halle a. d. S. sind ausgelost

a) 40 000 M. von den Schuldverschreibungen
I. Ausgabe vom 25. Februar 1891

1040	1128	1338	1362	1430
1073	1139	1343	1379	1431
1101	1200	1344	1411	1446
1112	1259	1349	1414	1467

20 Stück zu 1000 Mk.

0009	1178	0228	0287	0457	0566	0716	0776
0047	0191	0230	0375	0412	0602	0726	0809
0053	0203	0244	0394	0435	0621	0738	0832
0055	0219	0274	0402	0467	0634	0757	0916
0112	0220	0279	0405	0557	0694	0772	0955

40 Stück zu 500 Mk.

b) 40 000 M. von den Schuldverschreibungen
II. Ausgabe vom 31. März 1902.

2511	2578	2653	2790	2921	
2530	2795	2715	2868	2951	
2527	2630	2760	2895	2961	
2571	2650	2771	2901	2978	

20 Stück zu 1000 Mk.

1510	1637	1692	1856	2083	2241	2290	2439
1577	1649	1750	1946	2175	2246	2 04	2442
1597	1657	1772	2009	2182	2262	2349	2475
1599	1658	1800	2041	1197	2264	2355	2483
1601	1662	1845	2055	2218	2278	2380	2491

40 Stück zu 500 Mk.

Die ausgelosten Schuldverschreibungen werden vom 1. Juli 1919 ab und zwar:
die der I. Ausgabe zum Nennwerte,
die der II. Ausgabe mit einem Aufschlag von 2 v. H.
bei den bekannten Einlösungsstellen zurück gezahlt.
Die Verzinsung hört mit dem 1. Juli 1919 auf.
Mit den Schuldverschreibungen sind zugleich die Anweisungen und die noch nicht fälligen Zinsscheine anzuliefern, widrigenfalls deren Betrag vom Kapital gekürzt wird.

Rückständig sind:
von der I. Ausgabe vom 25. Februar 1891
aus der Auslosung vom 31. Dezember 1914
Nr. 32, 38 zu je 500,— M.
Nr. 1321 zu 1000,— M.
aus der Auslosung vom 14. Dezember 1915
Nr. 268, 538, 715 zu je 500,— M.
Nr. 1061 zu 1000,— M.
aus der Auslosung vom 18. Dezember 1916
Nr. 33, 198 400, 424 zu je 500,— M.
aus der Auslosung vom 17. Dezember 1917
Nr. 132, 520, 549, 710, 822 zu je 500,— M.
Nr. 1.6 zu 1000,— M.
von der II. Ausgabe vom 31. März 1902
aus der Auslosung vom 31. Dezember 1914
Nr. 1562, 1588 1743, 1744 2007 2263 zu je 500,— M.
aus der Auslosung vom 14. Dezember 1915
Nr. 1569, 2235 zu je 500,— M
Nr. 2525 zu 1000,— M.
aus der Auslosung vom 18. Dezember 1916
Nr. 1746 2006 zu je 500,— M.
Nr. 2597 zu 1000,— M.
aus der vom Auslosung 17. Dezember 1917
Nr. 1853, 2494 zu je 500,— M.
von der III. Ausgabe vom Jahre 1908
aus der Auslosung vom 25. September 1914
Nr. 3667 zu 500,— M.
aus der Auslosung vom 14. September 1915
Nr. 3108, 3368 zu je 1000,— M.
Nr. 4331, 4634 zu je 1000,— M.
aus der Auslosung vom 15. September 1916
Nr. 3127, 3523, 3524 zu je 500,— M.
Nr. 4210, 4350 zu je 1000,— M.
aus der Auslosung vom 26. September 1917
Nr. 3107 zu 500,— M.
Nr. 4319, 4794 zu je 1000,— M

Halle a. S., den 14. Dezember 1918

A. Riebeck'sche Montanwerke Aktiengesellschaft.
L. Hoffmann. Heinrich.

Gratzke u. Steiger, Hoflieferanten Poststrasse 9/10
Juwelen — Gold — Silber. V3278

Gestrickte und gehäkelte
Damen-Westen
mit und ohne Aermel
sowie
Kinder-Schwitzer
empfiehlt in vielen Preislagen V 3375
H. Schnee Nachf.
Halle a. S., Gr. Steinstrasse 84.

Die Auflösung der Gesellschaft
Louis Weickardt,
G. m. b. H.,
Holzhandlung, Halle-Trotha,
ist an das Handelsregister eingetragen. Die Gläubiger werden aufgefordert, sich zu melden.
Der Liquidator: b 1235
Reinhold Weickardt.

Bei einer Patentanwalt
übernimmt die laufende Bearbeitung der
Patentangelegenheiten
von Industrieurn ernehmungen
Ge. Mitteilungen unter J. N. 13301 an **Rudolf Mosse,** Berlin SW. 19. A 372 4

Billig. b 20
Neu-Anfertigung von Sofas und Matratzen, sowie Anfertigen sämtl. Polstermöbel.
Gardinenstecken nimmt an **Hecht,** Gr. Märkerstr 4, Hof II Tr.

Aus dem Felde zurückgekehrt
habe ich meine Tätigkeit wieder aufgenommen. A 07
Patentanwalt Eyck,
Magdeburg,
Kaiser Wilhelm-Platz 4. Tel 1335.

Bei
Hals- u. Lungenleiden
aller Art, wie Katarrhen, tuberkulösen Erkrankungen, Asthma u. s. w. erzielten, wie zahlreiche Mitteilungen von Aerzten, Apothekern und Leidenden einwandfrei beweisen, unsere
Rotolin-Pillen
in jahrelanger Praxis — vorzügliche Erfolge.
Husten, Verschleimung, Auswurf,
Nachtschweiß, Stiche in Rücken u. Brustknochen, blutiges auf; Appetit und Körpergewicht haben sich wieder; allgemeines Wohlbefinden stellte sich ein.
Erhältlich die Schachtel zu 2,50 M. in allen Apotheken; wenn nicht vorrätig, auch direkt v. uns durch unsr. Versandapotheke. Ausführliche Broschüre kostenlos durch:
Ploch & Cie., Berlin SW. 68.
Ständige Niederlage in Halle: **Hirsch-Apotheke.**

Steuer- Erklärungen Reklamationen
Bücher-Einrichtung, Abschluß, Revision.
R. Wipper, Wuchererstr 35. Tel. 1895
geprüfter und beeidigter Bücherrevisor. b 8

Offene Stellen

Tüchtige
Kesselschmiede
gesucht.
Wegel'n & Hübner, Akt.-Ges.
Halle a. S., Thüringerstr. 27. A267/1

Köchin.
Erfahrene, tüchtige **Köchin** zum 1. Februar **gesucht.** Näher Lo n. Meldungen mit Buch nachmittags 3—5. A 2735
Frau Haenert, Am Kirchtor 13.

Sauberes, ehrliches
Mädchen
zum 1. Februar gesucht.
Meldung mit Buch nachmittags von 3—6 Uhr.
Frau Hofmeister,
Magdeburgerstr. 62.

Stellengesuche

Kaufmann,
30 Jahre alt, aus dem Heeresdienst entlassen, vor dem Kriege bei bedeutender Firma in Lothringen tätig, sucht, gestützt auf gute Zeugnisse und la Referenzen, per bald Stellung als **Buchhalter Korrespondent** oder **Reisender.** Werte Angebote unter B 5835 an die Expd. d. Bl. erbeten. a05

Suche für 1. Febr. od. 1. März auf größerem Rittergut in der Provinz Sachsen unter direkter Leitung des Chefs Stellung als
Volontär
gegen Vergütung. Alter 21 J. Gefl. Zuschr. erbitte an a 010
Max Scamidt, Leutn. d. Res., **Wünschendorf a. Elster.**

Mietsgesuche

Wohnung in besserem Hause von jungem, kinderl. Ehepaar (Beamten), 4 Zimmer, Küche, Bad, elektr. Licht, zum 1. April event. früher gesucht. Angebote unter A 5834 an die Geschäftsst. d. Ztg.

2 Studenten suchen ab 1. Jan. möbl. **Wohn- u. Schlafzimmer** möbl. mit voller Pension. Nähe der Universität erwünscht. Ang. mit Preisangabe unter O 5825 an die Exped. d. Ztg. a 0449

Vermischtes

Gut sitzende dauerhafte **Korsetts** empfiehlt V3395
H. Schnee Nachf., Gr. Steinstr. 84

In unserem
Verkehrs- u. Leiheraum
Gr. Ulrichstr. 52
befindet sich eine sehr grosse, reichhaltige
Leihbibliothek
über 30000 Bände!
Ständige Ergänzung durch die
wichtigsten u. besten Neuerscheinungen.
Jedermann kann sich daselbst Bücher ausleihen
Die Bezieher unserer Zeitung zahlen die Hälfte der Leihgebühr.

Kaufgesuche

Alle Sorten Felle
Häute, Tierhaare, Wolle, Hörner, Hufe V6365
kaufen zu Höchstpreisen
Gebr. Danglowitz,
Fischerplan 2, Fernr. 1178.
Unseren Wollieferanten geben wir Gelegenheit zur Strichwoll

Badeöfen, Zinkwannen
defekte Bogenlampen, Eisenöl, Oefen kauft und holt ab **Ludwig,**
Schweitzerstr. 14, Tel. 4187.

Rohschlächterei Arthur Holland,
Tel 2405. Torstrasse 49. Tel. 2405.
kauft Schlachtepferde.
Bitte mir mir auch Notschlachtungen zu Tagespreisen.